

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.01.2008

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | |
|--------------------------|--------------|
| Herr Thomas Godenrath | stimmb.Mitgl |
| Frau Heike Wießner | „ |
| Frau Ute Haupt | „ |
| Frau Gertrud Ewert | „ |
| Frau Hanna Haupt | „ |
| Frau Elke Schwabe | „ |
| Frau Dr. Regine Stark | „ |
| | |
| Herr Leonhard Dölle | „ |
| Frau Beate Gellert | „ |
| Frau Antje Klotsch | „ |
| Herr Uwe Kramer | „ |
| Herr Dr. Peter Piechotta | „ |
| Herr Winfried Weber | „ |
| Herr Helmut Becker | Berat.Mitgl. |
| Herr Herbert Jomrich | „ |
| Frau Renate Leonhard | „ |
| Frau Peggy Rarrasch | „ |
| Herr Torben Sarunski | „ |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|---------------------------|---------------|----------------------|
| Herr Hendrik Lange | stimmb.Mitgl. | entschuldigt, Urlaub |
| Frau Petra Meißner | „ | entschuldigt |
| Frau Dagmar Deckwerth | | entschuldigt |
| Herr Max Privorozki | | |
| Frau Dr. Christine Slomka | | entschuldigt |
| Herr Lothar Rochau | | entschuldigt |
| | | |
| Frau Petra Schneutzer | berat.Mitgl. | entschuldigt |
| Frau Susanne Wildner | „ | entschuldigt |

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06. Dezember 2007
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung der Euro-Schulen gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung und Beschäftigung mbH
- 6. Streetworkbericht 2006/2007
Berichterstattung: Frau Brederlow, stellv. Fachbereichsleiterin FB Kinder, Jugend und Familie
- 7. Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung
Stand: 30.11.2007
- 8. Vorlagen
- 8.1. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566
- 8.1.1 Antrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 des JHA vom 10.01.2008
(Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06970
- 8.1.2 Antrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 des JHA vom 10.01.2008
(Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06971
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege der Stadt Halle (Saale) zur Beauftragung eines Gutachtens zum Fachkonzept des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06915
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Beantwortung von Anfragen
- 12. Anregungen
- 13. Mitteilungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sitzung eröffnet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest.
Diese wurde bestätigt.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass Herr Rochau noch erkrankt ist und Frau Brederlow als Vertreterin des Fachbereichsleiters hier mit anwesend ist.
Sie entschuldigte gleichfalls Dr. Marquardt, welcher ebenfalls erkrankte.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06. Dezember 2007

Frau Hanna Haupt fragte nach Änderungswünschen zur Niederschrift.

Frau Rarrasch fragte zu den auf S. 9 erwähnten Übersicht zu dem Eigenanteil an.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Übersicht dieser Niederschrift angehängt wird.

Herr Weber sprach an, dass auf Seite 20 im vorletzten Absatz Frau Hanna Haupt ein Angebot unterbreitet hatte, Kontakt zur MZ auf zu nehmen, um sich gegen den im November 2007 erschienen Artikel/Zitate zu verwahren.

In der Niederschrift wurde nicht aufgenommen, dass dieses Angebot durch die Träger begrüßt wird.
Herr Weber möchte die Formulierung, dass „Herr Weber das Angebot begrüßt. Frau Hanna Haupt geht diesbezüglich auf Herrn Weber zu.“

Mit dieser Änderung von Herrn Weber wird die Niederschrift genehmigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt gab den in der Sitzung am 06.12.2007 gefassten nicht öffentlichen Beschluss bekannt. Die Bürger.Stiftung.Halle erhielt die unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe.

zu 5 **Vorstellung der Euro-Schulen gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung und Beschäftigung mbH**

Frau Hanna Haupt begrüßte die beiden Vertreter der Euro-Schulen und gab an diese das Wort.

Es stellten sich der stellvertretende Schulleiter der Euro-Schulen, **Dr. Scheiding** und dessen Mitarbeiterin, **Frau Dr. Grappa** vor. Sie hatten für die Mitglieder auch Informationsmappen mitgebracht. Beide informierten über geplante Projekte in 2008 und bereits gelaufene größere Projekte. Dies umfasst u.a. auch die Jugendberufshilfe, Jugendsozialarbeit und die außerschulische Berufsbildung. Um bei Konfliktsituationen die entsprechende Hilfestellung geben zu können, werden bei den Aufgaben der sozialpädagogischen Begleitung auch die Kontakte zu anderen Netzwerkpartner genutzt. Es erfolgten einige Ausführungen zu den Euroschulen.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)** welche Partner die Euro-Schulen haben.

Frau Dr. Grappa antwortete, dass Kontakte zur Schuldnerberatung, der Wohnberatungsstelle, der Rechtsberatung, dem Mieterschutzbund und SCHIRM bestehen.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **dankte Frau Hanna Haupt** für die Ausführungen

zu 6 **Streetworkbericht 2006/2007** **Berichterstattung: Frau Brederlow, stellvertretende Fachbereichsleiterin FB Kinder, Jugend und Familie**

Frau Brederlow sprach an, dass die Verwaltung vor zwei Jahren den letzten Streetworkbericht gehalten hat und man sich damals vereinbart hatte, alle 2 Jahre einen Bericht zu halten. Mit den Unterlagen wurde den Mitgliedern bereits der Arbeitsbericht 2006/2007 zur Verfügung gestellt. Heute werden zwei Streetworker aus dem Ressort Süd, Frau Bohne und Herr Kluge, anhand einer Powerpointpräsentation einen Rückblick geben.

Herr Kluge informierte darüber, dass mit der Strukturentwicklung im Fachbereich die Streetworker in den Fachteams im jeweiligem Ressort angebinden sind, also nicht mehr als ein Team Streetwork gesehen werden können. Unabhängig davon gibt es dennoch die Erfahrungsaustausche untereinander.

Frau Bohne erläuterte die Aufteilung nach Sozialräumen, Anzahl der Streetworker und gab Beispiele für die im jeweiligem Ressort anhängigen Cliques und Projekte.

U.a. als Beispiele: Sozialraum Mitte-Nord-Ost: Marktplatzclique, ohne feste Cliquestruktur; Sozialraum Süd/Silberhöhe: Mitternachtssport freitags 22.00 – 1.00 Uhr in einer Turnhalle; Grundsätze wie keine Suchtmittel, keine Gewalt in der Turnhalle werden von den Sozialarbeitern vorgegeben., sportliche Regeln und Spielablauf gestalten die Jugendlichen selbst. Sozialraum Neustadt: Cliquentreff „Schnatterinchen“ und ein Mutter-Kind-Projekt im Cliquentreff; Sozialraum Heide-Nord (Heide-Süd, Kröllwitz, Dölau, Lettin, Nietleben): in den vergangenen Jahren war eine organisierte „Junge Nationale Bewegung“ politisch aktiv in Erscheinung getreten. Verstärkte Diskussionsrunden, Ifoveranstaltungen fanden statt. Die rechtsextrem aktive Szene hat sich in die Delitzscher Straße verlagert.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)** zu der Verlagerung der rechtsextremen Szene von Heide-Nord in die Delitzscher Straße.

Herr Petrick antwortete, dass die Streetworker aus der Szene aussteigende Jugendliche begleitet. In Heide-Nord war damals zur Wahl eine aggressive Plakatierung dieser Szene zu verzeichnen. Der Kern der Gruppe hat sich mittlerweile in die Delitzscher Straße verlagert. Dort stellt ein Anwalt der Gruppe seine Räume zur Verfügung. Dies ist ein Grenzbereich und entzieht sich der Arbeit von Streetwork.

Frau Bohne sprach an, dass Streetworker keine „Einzelkämpfer“ sind, sie sprechen sich stadtteilübergreifend untereinander ab. Ein großes Problem stellen Alkohol und Nikotin unter den Jugendlichen dar, das Einstiegsalter ist ab 11 Jahre. Sie erwähnte andere Szenen, wie die Graffiti- und Skaterszene. Hier leistet Streetwork Lobbyarbeit und vermittelt zwischen Anwohnern und Jugendlichen. Sie erwähnte Aktionen und Projekte von Streetwork, z.B. das Streetwork-Fanprojekt.

Herr Kluge äußerte sich zum Streetwork-Fanprojekt der Stadt und ging auf die Einzelfallarbeit von Streetwork ein.

Frau Bohne schloss mit einem Fazit ab und Herr Kluge ergänzte mit einem Ausblick auf die künftigen Arbeitsschwerpunkte von Streetwork.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wie die Zusammenarbeit mit Drogenstreetwork läuft.

Frau Bohne antwortete, dass es intensive Kontakte zu den Streetworkern insbesondere der AWO und DROBS gibt und hier eine sehr gute Zusammenarbeit besteht.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wie die präventive Arbeit in Schulen läuft.

Frau Bohne antwortete, dass eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Wittekindschule ist. Mit anderen Schulen sollen auch Themennachmittage stattfinden. Streetwork läuft die Schulen nachmittags und abends an.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde der Arbeit von Streetwork Hochachtung gezollt. Es wurde betont, dass die Zusammenarbeit mit Streetwork im Süden und Silberhöhe, also im Bereich des Mitgliedes, sehr gut läuft. Es gibt konstante und gute Ansprechpartner und man spürt deren Präsenz im Sozialraumbezug. Eine Kontinuität in den Sozialräumen ist sehr wichtig. „Bauchschmerzen“ gibt es bei dem Fanprojekt, da zunehmend Rechtsradikalität eine Rolle spielt. Hier muss die Stadt Halle sich Gedanken machen, um diesen Aufwüchsen entgegen zu wirken.

Anfrage **durch ein Mitglied (StR)** zum Ressort Mitte-Nord-Ost, was ist hier mit dem Schwerpunkt Tornau gemeint.

Herr Petrick antwortete, dass die Kollegin hier einen sehr engen Kontakt zu einer Clique hatte, welche Probleme mit den Anwohnern dort hatte. Dort war jahrelang eine enge Zusammenarbeit. Auch Reideburg stellt in diesem Ressort einen Schwerpunkt dar, dort sind keine Anlaufpunkte für die Jugendlichen vorhanden. Die Clique aus Tornau hatte einen Wohnwagen gefunden, in welchem sie sich aufhielten.

Frau Brederlow ergänzte, dass Konflikte nicht nur in Mitte-Nord-Ost („dörfliche Regionen“) vorhanden sind. Selbst in Heide-Süd, wo nur Neubauten entstehen, gibt es keine Anlaufstellen, so dass Konflikte mit den Bauherren vorprogrammiert sind. Hier wird oft nach Streetwork gerufen. Hinsichtlich der rechtsextremistischen Gruppierungen wies sie darauf hin, dass dies nicht zum Arbeitsfeld von Streetwork gehört. Diese Gruppierungen nutzen oft Einrichtungen und Flächen, welche angemietet wurden. Eine besondere Aufmerksamkeit ist geboten. Klar ist die Abgrenzung von Streetwork zu Polizei und Staatsschutz. Wo keine sozialpädagogische Arbeit mehr möglich ist erfolgt ein Rückzug. Hier sind dann andere Leute gefragt.

Durch ein **Mitglied (skE)** wurde angesprochen, dass die Wahrnehmung des „Fanprojektes“ positiv erfolgt. Eine deutliche Entspannung innerhalb der Gruppen macht sich bemerkbar.

Nachfrage eines **Mitgliedes (StR)** inwieweit Streetwork bei dem auf der Silberhöhe installierten Frühwarnsystem mit eingebunden ist.

Frau Bohne antwortete, dass sie seit vergangenem Jahr in dem Team von Frau Schönburg, welche hier mitwirkt, eingebunden ist. Es wurden Quartiersrunden initiiert. Sie steht allen Leuten zur Verfügung, welche sich mit einem Anliegen an sie wenden. Fälle werden besprochen.

Anfrage von Frau Hanna Haupt zur Entwicklung bei den illegalen Drogen.

Frau Bohne antwortete, dass dies in jedem Sozialraum Thema ist. Das größte Problem stellt aber nach wie vor der Alkoholkonsum dar.

Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger) zur Einschränkung von Streetwork, was nicht dem Ansatz von Streetwork entspricht.

Herr Petrick antwortete, dass dort wo sozialpädagogische Arbeit nichts mehr bewegt, wie bspw. bei linken und rechten politischen Gruppierungen, Streetwork nichts zu suchen hat. Streetwork zieht sich ebenfalls bei illegalen Veranstaltungen zurück.

Frau Bohne ergänzte, dass sich Streetwork auch bei Kriminellen zurück zieht.

Herr Kluge ergänzte, dass dies auch bei gewaltbereiten Gruppen und gewalttätigen Auseinandersetzungen erfolgt. Differenzierungen erfolgen auch wo mit Polizei zusammen gearbeitet wird oder wo Betreuungsverhältnis gestört ist.

Frau Hanna Haupt dankte für den Bericht.

zu 7 **Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung** **Stand: 30.11.2007**

Herr Zwakhoven sprach an, dass heute der HzE-Bericht November 2007 verteilt wurde. Aktuelle Zahlen von Dezember sind darin nicht enthalten, da diese erst seit heute vorliegen. Er erläuterte die Fallzahlen von November. Insgesamt waren im November 2007 993 Fallzahlen zu verzeichnen. Die Ausgaben Stand 11/2007 betragen 15,65 Mio €. Die Hochrechnung für Ende 2007 liegt bei 20,1 Mio €. Im Vergleich des Ist-Standes von 2004 bis November 2007 sind sinkende Ausgaben zu verzeichnen. Seit 2004 sind bei den Minderjährigen steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Hier erfolgt ein Umbau von stationärer zur teilstationären Hilfe.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) zur Ausgaben Hochrechnung Dezember von 20,1 € , Stand November ist bei 15,6 Mio €. Dies ist ein nicht ungeringer Aufwuchs innerhalb eines Monats.

Herr Zwakhoven antwortete, dass der Antrag auf überplanmäßige Ausgaben erst mit Beschluss des Stadtrates wirksam wurde. Mit der DA 93 wurde damals ein internes Controlling eingeführt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass nur marginale Auswirkungen dadurch entstanden sind.

Anfrage durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** wie viel Familien das bei ca. 1000 Fällen betrifft.

Frau Brederlow sagte zu, dass Herr Dölle die Zahlen zur nächsten Sitzung erhält.

Hinweis Protokollantin: Im Nachgang zur Sitzung wurde mit Herrn Dölle vereinbart, dass im nächsten Quartalsbericht HzE die Fallzahlen auch die Familienzahlen beinhalten werden. Dies also ab dem nachfolgendem HzE-Bericht genau dargestellt wird.

Anfrage durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** zur Planung für 2008, steigende Fallzahlen bedeuten auch steigende Ausgaben. Als Ziel ist aber eine Einsparung vorgesehen, wie realistisch ist dieses Einsparungsziel.

Herr Zwakhoven antwortete, dass er der internen Diskussion, welche die Verwaltung noch hierzu führen wird, nicht vorgreifen.

Frau Brederlow ergänzte, dass das Fachkonzept und die proaktive Arbeit noch am Anfang stehen. Effekte werden sich einstellen. Die Tendenz Ende des Jahres muss gesehen werden, wenn die

Zahlen jetzt vorliegen. Es sind auch viele Hilfebeendigungen zum Ende des Jahres zu sehen. In den Fallzahlen wird sich dies nicht so wieder finden sondern in den Haushaltszahlen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 8 Vorlagen

zu 8.1 Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen Vorlage: IV/2007/06566

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Vorlage Ende 2007 schon auf der Tagesordnung stand. Damals wurde festgelegt, dass die Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen nochmals überarbeitet werden muss. Heute liegt die überarbeitete Fassung vor.

Frau Brederlow sprach an, dass die Verwaltung ein Ergänzungs-/Änderungsblatt jetzt an die Mitglieder verteilt hat. Diese Änderungen resultieren aus dem letzten Gespräch mit der IG freie Träger, welches am 07.01.08 stattgefunden hat. Ein Tippfehler auf diesem Blatt unter dem § 6.3 muss bitte noch korrigiert werden. Statt (1) muss natürlich (4) stehen.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass nicht verstanden wird, wieso heute noch ein Ergänzungsblatt kommt, nach dem die Vorlage fristgerecht versendet worden ist.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass dies erst heute möglich war, da das letzte Gespräch mit der IG freie Träger erst vor 3 Tagen stattgefunden hat und sich dort zu diesen Änderungen/Ergänzungen vereinbart worden ist.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) wie mit den ebenfalls erst heute verteilten Änderungsanträgen der LIGA und des Stadtjugendringes hierzu umgegangen werden soll.

Frau Brederlow antwortete, dass die Anträge formell nicht richtig vorliegen. Die LIGA ist nicht berechtigt, Anträge im Jugendhilfeausschuss zu stellen, das können nur die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Und die Anträge müssen von dem Mitglied unterschrieben werden. Dies ist aber nur formal anzumerken. Jedes Mitglied des JHA kann Anträge einbringen. Klar ist, dass wir heute zu einem Ergebnis kommen wollen und die Richtlinie gewollt ist, da diese auch dringend benötigt wird. Heute wird ein klares Verfahren benötigt, wie vorgegangen werden soll. Die Träger sollten sich jetzt auf die formell korrekte Vorgehensweise zu den Anträgen einigen.

Die stimmberechtigten freien Träger einigten sich, dass die eingebrachten Änderungsanträge von Frau Klotsch als stimmberechtigtes Mitglied eingebracht und unterschrieben werden. Somit sind die Änderungsanträge formell zulässig und können behandelt werden.

Nach einer kurzen Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass heute die Richtlinie mit den eingebrachten Änderungsanträgen von Frau Klotsch und der Verwaltung behandelt werden soll.

Frau Hanna Haupt schlug vor, dass die Richtlinie Punkt für Punkt durchgegangen wird. An den entsprechenden Stellen werden die Änderungsanträge und Ergänzungen mit aufgerufen.

Zum Vorschlag gab es keinen Widerspruch.

Frau Hanna Haupt rief § 1 auf.
Kein Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief § 2 auf.
Kein Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief § 3 auf.
Kein Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief § 4 auf. Sie verwies darauf, dass hier bereits unter dem (4) die abgesprochene Änderung nach der Beratung mit der IG freie Träger vom 12.11.07 eingearbeitet wurde.
Kein Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief beim § 5 die Unterpunkte dazu auf.

§ 5.1 Kein Diskussionsbedarf

§ 5.2 Kein Diskussionsbedarf

§ 5.3 Kein Diskussionsbedarf

§ 5.4 Eigenanteil

Herr Zwakhoven verwies auf das vorliegende Ergänzungsblatt der Verwaltung und die Änderung im (2) hierzu.

Frau Klotsch verwies auf den vorliegenden Änderungsantrag hierzu. Im (2) wird auf die Bemessung des Eigenanteils eingegangen. Hier fehlen Grundsätze des Verwaltungshandelns bei der Bemessung des Eigenanteils sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Kraft des Trägers. Dies muss verhandelt und beschlossen werden.

Hier gab es eine längere Diskussion, in deren Ergebnis dieser Änderungsantrag in der heutigen Sitzung zurück gezogen wurde. Die Verwaltung sicherte zu, dass dies zur nächsten Sitzung im Februar auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Grundsätze werden dann im Zusammenhang mit der Richtlinie aber nicht als Bestandteil der Richtlinie diskutiert und verhandelt.
Hierzu gab es keinen Widerspruch.

Frau Hanna Haupt rief § 6 und die dazugehörenden Unterpunkte auf.

§ 6.1. Personalkosten

Hier verwies **Herr Zwakhoven** auf das vorliegende Ergänzungsblatt der Verwaltung zum (5) und die Änderungen hierzu als auch die Streichung des Satzes „Für Horte an Schulen gelten 50% dieser Stellenanteile“.

§ 6.2. Bewirtschaftungskosten

Herr Zwakhoven sprach an, dass hier beim (3) zu sagen wäre, dass sich in der Praxis Träger und Verwaltung zusammen gesetzt haben, wenn sich ein erhöhter Bedarf begründet heraus gestellt hat und gemeinsam Wege gefunden wurden.

Es wurde hier der Satz „Bei angezeigtem Bedarf erfolgt eine Einzelfallprüfung der Überschreitung der Pauschale“ aufgenommen.

Frau Klotsch verwies hier auf den eingebrachten Änderungsantrag zum (3), hier Vorschläge

1. Formulierungsänderung wie vorliegend
2. dass der pauschale Festbetrag für die „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhaltung) „ mit jährlich 15.600 EUR je Einrichtung anerkannt wird.

Es geht darum, dass eine Gleichbehandlung städtischer Einrichtungen und Einrichtungen in freier Trägerschaft zu erfolgen hat. Es sollten klare einheitliche Begriffe verwendet werden.

Frau Schmidt (GB IV) schlug vor, dass in der Richtlinie die Begriffe aufgenommen werden, welche ab 2009 Gültigkeit besitzen. Sie verwies darauf, dass die Stadt noch die kameralistische Haushaltsführung hat.

Ein Mitglied (StR) unterstützte den Antrag der freien Träger.

Herr Zwakhoven wies zum 2. eingebrachten Änderungsvorschlag darauf hin, dass konkrete Maßnahmen zur Unterhaltung geplant sind. Wenn sich erhöhte Bedarfe begründet herausstellen, wird dies eingehend durch die Verwaltung geprüft und wenn es erforderlich ist auch nicht abgewiesen. Deswegen erfolgte ja auch der von ihm erwähnte Satz zusätzlich unter (3).

Frau Klotsch wies darauf hin, dass die Träger analog der städtischen Einrichtungen gleich zu behandeln sind, auch wenn die Träger nicht im städtischen PPP sind. Es besteht die Pflicht aus Erbbaupachtverträgen, dass die Objekte zu erhalten sind. Eine gleichrangige Behandlung muss erfolgen.

Herr Zwakhoven antwortete darauf, dass im Rahmen der Bauunterhaltung nicht von einer Gleichbehandlung ausgegangen werden kann, da es nach wie vor erhebliche bauliche Unterschiede bei den Einrichtungen gibt. Es gibt sanierte und unsanierte Objekte. Demzufolge kann es keinen Pauschalbetrag je Einrichtung in dieser Größenordnung geben.

Frau Schmidt sprach an, dass der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kita öffentlich behandelt wurde. Die freien Träger müssen ihre Wirtschaftspläne nicht öffentlich darlegen. Diese Diskussion heute ist unfair, da kein Vertreter des EB Kita heute hier mit anwesend ist.

Frau Klotsch antwortete, dass dieser Punkt in den Runden auch mit diesen Vertretern besprochen worden sind. Der Änderungsantrag wird aufrecht erhalten.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde unterstützt, dass dieser pauschale Festbetrag erfolgen soll, damit ist eine Gleichbehandlung gegenüber den Einrichtungen des EB Kita's gewährleistet.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass dies eine Richtlinie für alle Träger, welche Kindertageseinrichtungen betreiben, sein soll. Es muss also eine gemeinsame Begrifflichkeit als auch Vorgehensweise bei den städtischen wie freien Kindertageseinrichtungen geben.

Frau Hanna Haupt fragte an, wie nun vorgegangen werden soll. Hier kann doch nicht um eine 5fach höhere Summe als vorgeschlagen beschlossen werden. Gibt es Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise.

Frau Klotsch hält ihren Änderungsantrag aufrecht. Eine Pauschale muss die freien Träger und den EB Kita gleichbehandeln. Der Wirtschaftsplan des EB Kita wurde fest geschrieben. Dieser Antrag lautet, dass die Pauschale analog dem EB Kita ausgewiesen wird.

Frage durch **ein Mitglied (skE)**, da es jetzt um die Haushaltsgrundsätze und den Wirtschaftsplan des EB Kita für 2008 geht, was wäre wenn der Haushaltsansatz des EB nächstes Jahr deutlich nach unten gehen würde. Dann müsste dies auch hier wieder erfolgen.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde der Aussage zugestimmt. Hier kann nicht über einen Pauschalbetrag beschlossen werden.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darauf hingewiesen, dass ungleiche Dinge nicht gleich zu setzen sind. Diesem Änderungsantrag kann so nicht zugestimmt werden.

Durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass es ein Ziel sein muss, Einrichtungen zu erhalten. Es soll kein blanko Geld an die Träger fließen sondern erst dann, wenn entsprechende Maßnahmen realistisch werden.

Frau Hanna Haupt wies darauf hin, dass heute keine Vertreter des EB Kita hier mit anwesend sind und sich zu den Zahlen aus dem Wirtschaftsplan des EB Kita äußern können.

Herr Dr. Piechotta stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abstimmung des von Frau Klotsch eingebrachten Änderungsantrages.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Änderungsantrages, hier erster Beschlussvorschlag hinsichtlich der Begriffsformulierung des § 6.2 (3) auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der JHA beschließt die Änderung des § 6.2 Satz 3 dahingehend, dass die Formulierung „Unterhaltung des Grundstücks inklusive Pflege Baumbestand“ ersetzt wird durch die

Formulierung „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhaltung)“.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte hier **einstimmig** zu.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Änderungsantrages, hier zweiter Beschlussvorschlag auf.

Beschlussvorschlag:

Der JHA beschließt, dass der pauschale Festbetrag für die „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhaltung)“ mit jährlich 15.600 EUR je Einrichtung anerkannt wird.

| | |
|----------------|---|
| Befürwortungen | 7 |
| Ablehnungen | 4 |
| Enthaltungen | 1 |

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **mehrheitlich dem zweiten Beschlussvorschlag** zu.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 6.3 (4) auf.

Herr Zwakhoven wies auf die im Änderungs-/Ergänzungsblatt ausgewiesene Veränderung hierzu hin.

Durch **Mitglieder (fr. Träger)** wurde angesprochen, dass dies eine Verschlechterung darstellt, da hier eine Staffelung vorgeschrieben wurde.

Herr Zwakhoven antwortete, dass dies durch die Verwaltung eingehend geprüft wurde. Die von der IG Kita vorgeschlagene Staffelung würde pro Kind 17,50 € betragen. Dadurch würden sich kleinere freie Träger vielfach verschlechtern. Und das kann nicht gewollt sein.

Es gab zum § 6.3 keine weiteren Diskussionsbedarfe.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 6.4 auf.

Frau Klotsch sprach an, dass sie hier zum (1) einen Änderungsantrag eingebracht hat. Sie verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz zwischen dem EB Kita und den freien Trägern. Beim EB Kita wurde hier der Haushalt mit 1,425 Mio € beschlossen und von 4.800 Kindern ausgegangen. Dies entspricht einem pauschalen Festbetrag von 24,76 €/Monat und Kind. Im Vorschlag der Verwaltung wird von 22,00 €/Monat und Kind ausgegangen, das ist zu wenig. Hierzu also der vorliegende Änderungsantrag dazu.

Herr Zwakhoven antwortete, dass diesem nicht zugestimmt werden kann. Der Wirtschaftsplan des EB Kita weist hier Kosten aus, die nicht ausschließlich Verwaltungskosten sind, aber mangels Kennziffern und Umlageschlüsseln dort abgebildet werden. Die Anfrage von Herrn Lange wurde dazu bereits beantwortet. Der Eigenbetrieb ist mit den sich in der Richtlinie darstellenden Pauschalen auskömmlich finanziert.

Frau Klotsch sprach an, dass dies dann anders dargestellt hätte werden müssen. Der Wirtschaftsplan des EB Kita wurde aufgestellt und beschlossen.

Frau Dorit Schmidt unterbreitete den Vorschlag hierzu den EB Kita zu hören, welcher heute nicht anwesend ist.

Durch ein **Mitglied (skE)** wurde angesprochen, dass diese Richtlinie für mehrere Jahre gültig sein soll. Die freien Träger gehen von den derzeitigen Zahlen des Wirtschaftsplanes des EB Kita 2008 aus. Es sollte eine sachlichere Diskussion statt finden.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass die Richtlinie eine gewisse inhaltliche Richtung angibt. Die Tarifkosten werden hierin auch nicht berücksichtigt. Mit den vorgeschlagenen 22 €/Monat und Kind lassen sich Einrichtungen nicht mehr verwalten. Es müsste sogar eine kleine Inflationsrate aufgenommen werden. Die jetzt vorgeschlagenen 2,76 € mehr machen ca.10 – 20 %

aus, welche für manchen Träger nicht unerheblich sind.

Frau Brederlow sprach an, dass die Fortschreibung der Summe der Verwaltungskosten im Absatz 3 etwas geschrieben steht. Es gibt Träger, welche keine eigenen Verwaltungskräfte haben sondern die Arbeit z.B. an Steuerberatungsbüros geben. Dieser Punkt ist schon lange strittig. Die Richtlinie ist ein Entwurf der Verwaltung, es muss Klarheit zur weiteren Verfahrensweise bestehen.

Durch ein Mitglied (skE) wurde angesprochen, dass jetzt ein neuer Dreh eingebracht wird, welcher nicht mehr nachvollziehbar ist. Wenn sich die Träger jetzt am Wirtschaftsplan des EB Kita von 2008 orientieren, bedeutet dies, dass der EB Kita seinen Wirtschaftsplan dann der Richtlinie anpassen muss. Die Richtlinie gilt für alle Träger.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde geantwortet, dass man sich auf die Entwicklung der letzten Jahre bezogen hat. Es darf zu keiner Runtersockelung kommen.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, wieso heute kein Vertreter des EB Kita hierzu mit anwesend ist. Die Richtlinie ist für die freien Träger und den EB Kita gedacht und soll eine Gleichbehandlung darstellen.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass heute kein Vertreter des EB Kita anwesend ist. Demzufolge kann auf Grund der Unklarheiten dann nur vertagt oder abgelehnt werden, wenn dies gewollt ist. Die heute anwesende Verwaltung ist zur Richtlinie aussagefähig.

Frau Klotsch sprach an, dass der Änderungsantrag nicht mehr fordert als in den vergangenen Jahren gezahlt worden ist. Die anwesende Verwaltung hat Zahlen vorgelegt, dies hätte detaillierter erfolgen müssen. Sie besteht auf einer Abstimmung zum Änderungsantrag.

Frau Hanna Haupt fragte nach, was bisher – vor der Richtlinie über welche verhandelt wird – gehandhabt wurde.

Herr Zwakhoven antwortete, dass es die Rahmenvereinbarung mit Staffelungen gab. Ein großer Teil der Träger hat diese Rahmenvereinbarung nicht abgeschlossen, diese haben nur 20 € im Monat bekommen.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) was der EB Kita verbraucht, handelt es sich hier um die tatsächlichen Kosten, welche auch der EB Kita hat.

Herr Zwakhoven antwortete, dass Herr Kreisel deutlich weniger braucht. Die genaue Summe kann noch nicht gesagt werden. In den vergangenen Jahren waren es 21 €.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)** wie der EB Kita auf diese Summe gekommen ist.

Frau Dorit Schmidt antwortete, dass der EB Kita erst 2006 gegründet worden ist. Es erfolgte eine schrittweise Übertragung von Verwaltungskostenumlagen. Die Planansätze 2008 wurden aus verschiedenen Posten 2007 abgeleitet, ohne dass konkrete Jahresabschlüsse vorlagen. Erst jetzt ist eine konkrete Abrechnung da. Wenn es gewollt ist, kann Herr Kreisel dies hier vorstellen.

Frau Ewert sprach an, dass sie sich hier nicht an der Abstimmung beteiligen wird, weil Informationen fehlen. Sie hatte zu Beginn der Behandlung dieses TOP bereits ihren Unmut über die heute verteilten Änderungsanträge und –blätter geäußert. Sie hatte sich auf Grund der Notwendigkeit, dass die Richtlinie dringend benötigt wird, bisher nicht ausnehmen wollen. Sie stimmt nicht mit ab.

Frau Klotsch sprach an, dass sie von Daten ausgeht, welche die Verwaltung vorgelegt hat. Sie geht davon aus, dass der Haushalt 2008 hoch gerechnet worden ist und er wurde durch den Stadtrat bereits beschlossen. Sie stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abstimmung ihres Änderungsantrages.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des vorliegenden Änderungsantrages auf. Sie wies darauf hin, dass Frau Ewert sich daran nicht beteiligt.

Beschlussvorschlag:

Der JHA beschließt die Änderung des § 6.4 Satz 1 dahingehend, dass der pauschale Festbetrag für die Verwaltung und Qualitätsentwicklung der Kindertageseinrichtungen nicht auf 22,00 EUR/Monat/Kind, sondern auf **24,76 EUR/Monat/Kind festgesetzt wird.**

| | |
|----------------|---|
| Befürwortungen | 7 |
| Ablehnungen | 0 |
| Enthaltungen | 4 |

Somit wurde dem Änderungsantrag von Frau Klotsch zugestimmt.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 6.5 auf.

Herr Zwakhoven verwies auf das vorliegende Änderungs-/ Ergänzungsblatt und die Hinweise hierzu. Diese Änderung wurde bereits im (4) berücksichtigt.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 7 auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 8 und ff. §§ 8.1; 8.2,8.3 und 8.4 auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des § 9 auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass die Richtlinie in ihren Unterpunkten einzeln behandelt und beschlossen worden ist.

Sie rief zur Abstimmung der Richtlinie **einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge** (siehe 8.1.1 und 8.1.2) von Frau Klotsch auf.

Modifizierter Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die „Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“.**
- 2. Die Richtlinie tritt rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft und ersetzt die „Richtlinie zur Förderung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft“ vom 18.04.1997.**

| | |
|-----------------|---|
| Befürwortungen: | 8 |
| Ablehnungen: | 4 |
| Enthaltungen: | 1 |

Damit wurde der Richtlinie **einschließlich** der erwähnten Änderungsanträge von Frau Klotsch **mehrheitlich zugestimmt.**

Frau Hanna Haupt rief zur Pause von 20 min. auf.

**zu 8.1.1 Antrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 des JHA vom 10.01.2008
(Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06970**

Diskussion, Beschlussvorschlag und Abstimmungsergebnisse siehe TOP 8.1.

**zu 8.1.2 Antrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 des JHA vom 10.01.2008 (Richtlinie zur
Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06971**

Diskussion, Beschlussvorschlag und Abstimmungsergebnisse siehe TOP 8.1.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Frau Hanna Haupt rief den TOP auf und ging zum Antrag TOP 9.1. über.

**zu 9.1 Antrag der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege der Stadt Halle (Saale) zur
Beauftragung eines Gutachtens zum Fachkonzept des Fachbereiches Kinder,
Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06915**

Frau Hanna Haupt begrüßte zu diesem TOP Frau Hock von der Stabsstelle Strategische Steuerungsunterstützung/ Haushaltskonsolidierung. Den Mitgliedern wurde die Stellungnahme der Verwaltung zu dem vorliegenden Antrag verteilt.

Frau Hock sprach an, dass das Fachkonzept, welches erstellt worden ist, ein Fachkonzept des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (51) ist. Die Fachkonzepte in der Stadtverwaltung waren nicht für die Haushaltskonsolidierung gedacht sondern hatten zum Ansatz, dass die Fachbereiche effektiver arbeiten. Für den Fachbereich 51 waren hierfür 240.000 € Bruttosumme vorgesehen. Das Fachkonzept wird unterstützt und auch so mit getragen. Zu dieser Vergabe als auch dem Fachkonzept steht die Stadtverwaltung. Das Thema Jugendhilfe ist sehr komplex, deswegen sollte es auch unterstützt werden. Es kann nicht aufgehört werden, weil es Schwierigkeiten gibt. Die Mittel sind nicht aus dem Fachbereich 51 sondern aus dem Bereich Steuerung. Zu dem Antrag teilte sie mit, dass es eine Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates gibt, wo klar die Zuständigkeiten eines jeden Ausschusses benannt sind. Für die Vergabe von Gutachten ist der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben (Vergabeausschuss) abschließend zuständig, soweit nicht der Stadtrat zuständig ist. Hier im Jugendhilfeausschuss kann über die Inhalte des Fachkonzeptes diskutiert werden, aber über nicht mehr. Deshalb ist der vorliegende Antrag wegen Unzuständigkeit zurück zu weisen.

Anfrage von Frau Klotsch, dass aber der Jugendhilfeausschuss dem Stadtrat die Empfehlung aussprechen kann, das Fachkonzept des Fachbereiches prüfen zu lassen. Dann wird der Antrag dahingehend abgeändert, dass der Jugendhilfeausschuss dem Stadtrat dies empfiehlt. Der Jugendhilfeausschuss soll fachlich den Fachbereich begleiten und unterstützen. Die Debatten um das Fachkonzept wurden hinreichend geführt.

Anfrage von Ute Haupt, wieso dieser Antrag zum jetzigen Zeitpunkt kommt. Es gibt die Festlegung, dass eine Klausurtagung zum Fachkonzept durchgeführt werden soll. Diese Tagung sollte erst abgewartet werden. Wenn es dann immer noch gewollt ist, kann der Antrag dann immer noch gestellt werden.

Frau Schwabe unterstützte Frau Ute Haupt und sprach an, dass schnellstmöglich ein Termin für die Klausur gefunden werden sollte.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie heute zum zutreffenden Zeitpunkt dazu einen Termin vorschlagen wird.

Frau Brederlow sprach an, dass die Klausur abgewartet werden sollte. Das Fachkonzept ist noch in der Diskussion und dort soll es thematisiert werden. Außerdem liegen zwei dazu passende Anträge der Fraktion Neues Forum + Unabhängige von Prof. Dr. Schuh und Sabine Wolff vor, welche da auch in die Diskussion eingebracht werden sollen. Auf die Tagesordnung kommen die beiden Anträge dann allerdings erst zur Sitzung im März.

Frau Ewert sprach an, dass zur letzten Sitzung die Diskussion war und man sich auf eine Klausurtagung geeinigt hatte. Die Klausur hat insgesamt diese Thematik zum Inhalt. Die freien Träger sollten diese Tagung abwarten. Dort soll diskutiert werden, was in der Praxis läuft und was veränderbar wäre.

Herr Weber sprach an, dass zur letzten Sitzung im nichtöffentlichen Teil umfassend über die Probleme diskutiert worden ist. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses können nicht die positiven und negativen Wirkungen des Fachkonzeptes auseinander nehmen. Hierzu wird professionelle Hilfe benötigt. Außer der Person von Herrn Roth sollte jemand von Außen sehen, was hier gelaufen ist und noch läuft. Es muss nach dem Stand der Wissenschaft gesehen werden und wo nachgesteuert werden kann. Das kann nicht allein bewältigt werden. Dies sollte dem Stadtrat empfohlen werden.

Frau Hanna Haupt äußerte sich dahingehend, dass sie ebenfalls der Ansicht ist, dass die Klausurtagung abgewartet werden sollte und dann kann immer noch gesehen werden, was dem Stadtrat empfohlen werden soll.

Frau Brederlow gab den Hinweis auf die im Februar stattfindende Fachtagung der Friedrich Ebert Stiftung. Hier diskutieren unabhängige Fachleute dazu. Die Verwaltung will den Antrag nicht abschmettern sondern bittet darum, den Prozess der Klausurtagung abzuwarten.

Frau Klotsch sprach an, dass die konträren Auffassungen sicher auch nach der Klausurtagung bestehen bleiben werden, dies wird die Tagung nicht ändern. Wichtig ist es, eine Fachtagung zu terminieren mit Inputreferat. Es kann ein Referat und ein Koreferat stattfinden. Dann gibt es evtl. auch eine Weiterentwicklung. Die Terminfolgen sollten festgelegt werden. Der Unterausschuss sollte mit der Vorbereitung der Fachtagung beauftragt werden. Dies sollte dann im Jugendhilfeausschuss reflektiert werden, bevor es klar ist.

Frau Brederlow findet die Idee gut. Jetzt ist die Klausurtagung geplant. Dort sollte geklärt werden, was planbar wäre.

Frau Hanna Haupt schlug als Termin für die Klausurtagung Donnerstag, den 06. März 2008 ab 14.00 Uhr im Fachbereich 51, Raum 117 vor. Diese Tagung soll nichtöffentlich sein.

Frau Klotsch sprach an, dass vor der Klausur noch eine Sitzung am 14.02.08 ist. Dort sollte als TOP der Stand der Vorbereitung der Tagung durch den UA Jugendhilfeplanung sein. Sie fragte zur Behandlung der beiden Anträgen von Prof. Schuh und Frau Wolff an.

Die Verwaltung sicherte zu, den Stand der Vorbereitung der Klausur durch den UA Jugendhilfeplanung auf die TO im Februar zu nehmen.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass die beiden Anträge, wie bereits erwähnt, zur Klausurtagung eine Rolle bei der Diskussion sein werden aber die Behandlung der Anträge im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 13.03.08 auf der TO stehen werden.

Damit war die Diskussion beendet.

zu 10 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Klotsch fragte zu den bereits im November und Dezember angefragten Zahlungsrückständen bei freien Trägern an.

Herr Zwakhoven antwortete, dass dies zwischenzeitlich doch durch den beschlossenen überplanmäßigen Antrag erledigt sei. Die Zahlungen wurden sofort nach dem Beschluss veranlasst. Ihm sind offene Rechnungen nicht bekannt.

Frau Klotsch besteht auf einer Prüfung der von ihr benannten Rückstände und erwartet hierzu eine Antwort.

Die Verwaltung wird eine Prüfung veranlassen und Frau Klotsch informieren.

Anfrage von Frau Gellert woran es liegt, dass zwar eine Zahlung an die freien Träger erfolgte, aber 1 Woche später als üblich.

Frau Dorit Schmidt antwortete, dass zu spät Mittelabrufungen erfolgt sind. Erst im Dezember 2007 konnten größere Rechnungen beglichen werden. Wenn die Rechnungen geprüft wurden, kommen diese dann zur Anweisung der Zahlung und das ist dann entsprechend erfolgt.

Frau Brederlow sprach an, dass von Frau Wießner eine Anfrage zur Anzahl autistischer Kinder vorliegt. Diese Beantwortung muss in Zusammenarbeit mit anderen Bereichen erfolgen und benötigt noch Zeit, so dass dies erst zur nächsten Sitzung auf die TO genommen wird.

zu 11 Beantwortung von Anfragen

Es lag keine Beantwortung an.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 13 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass in Hamburg die Verleihung des Hanse Merkur Preises erfolgt. Unserem DKSB wird hier der Hauptpreis verliehen. Sie hat hierzu eine Einladung erhalten, kann diesen aber nicht wahrnehmen.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass Herr Godenrath als Stadtrat verabschiedet wird und hofft, dass dieser dem Ausschuss als stimmberechtigtes Mitglied und sachkundiger Einwohner erhalten bleibt. Sie brachte zum Ausdruck, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit inenerhalb des Ausschusses mit diesem gab. Sie bat Herrn Godenrath selbst etwas dazu mitzuteilen.

Herr Godenrath informierte, dass Ende 2007 die Entscheidung gefallen ist, dass er ab 01.01.2008 als Ressortleiter des Ressorts Sport und Bäder eingestellt wird. Demzufolge ist er zum 01.01.08 als Stadtrat ausgeschieden. Eine Entscheidung zur Nachfolge im Ausschuss ist noch nicht getroffen worden, er würde auch gern als sachkundiger Einwohner weiterhin mitwirken wollen. Dies hängt von seinen Zeitressourcen aber auch den Entscheidungen der Fraktion ab. Heute ist er als sachkundiger Einwohner und stimmberechtigtes Mitglied seiner Fraktion noch in der Sitzung anwesend.

Frau Hanna Haupt machte eine Mitteilung in eigener Sache.

Sie sprach an, dass sie in der Sitzung im Dezember bei der Diskussion zu Presseveröffentlichungen und Diffamierungen von Mitgliedern, hier freien Trägern, den Vorschlag gemacht hat, dass sie sich an die MZ wenden wird. Sie hat nach der Sitzung sich mit dem Artikel eingehend beschäftigt und festgestellt, dass dieser nicht im Zusammenhang mit einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses stand. Demzufolge kann sie nichts formulieren. Sie hat daraufhin Kontakt zu Herrn Weber aufgenommen und diesen über ihre Entscheidung informiert. Sie wies darauf hin, dass auch in dem

Artikel Stadträte Betroffene sind und auch diese öfters in die Schlagzeilen geraten. Damit muss umgegangen werden, da der Presse nichts vorgeschrieben werden kann. Sie bittet um Verständnis für ihren Rückzieher in dieser Sache.

Herr Weber sprach seine Enttäuschung über diese Entscheidung aus.

Frau Brederlow teilte mit, dass von der Fraktion Neues Forum+ Unabhängige ein Antrag auf Ausgliederung der Horte aus dem EB Kita vom Stadtrat an die zuständigen Ausschüsse weiter verwiesen worden ist. Damit beschäftigt sich der Jugendhilfeausschuss im März, da vorher der Ausschuss des EB Kita am 29.02.08 dies auf der TO hat.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Gez. Kaupke

Protokollführerin